

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

11.7.1928 (No. 160)

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Verbreitung, und Kontursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Letzte Nachrichten

Annahme des Amnestiegesetzes

M. Berlin, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Im Rechtsausschuss des Reichstags wurde heute das Amnestiegesetz mit allen gegen eine Stimme angenommen. Diese eine Stimme wurde von der Bayerischen Volkspartei abgegeben.

Bei Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende, Abg. Kahl (D. Vp.), mit, daß ihm Telegramme und Briefe von kommunistischen Vereinigungen zugegangen sind, in denen gegen die „Verhinderung“ protestiert und die sofortige Entlassung der sämtlichen proletarischen politischen Gefangenen gefordert wird. Er erklärte dazu, daß er durch solche „Befehle“ sich in seinen pflichtgemäßen Entschliessungen nicht beeinflussen lassen werde, daß er aber scharfen Einspruch gegen den Vorwurf einer Verhinderung erhebe.

Die Antworten der Länderregierungen zur Amnestiefrage sind dem Reichsjustizministerium zugegangen; sie gehen weit auseinander. Es wird daran gedacht, die Amnestierung der von Rändergerichten verurteilten politischen Verbrecher so durchzuführen, daß der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit das Amnestiegesetz beschließt. Die Möglichkeit, eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen, ist dadurch gegeben, daß an der Amnestierung sowohl die Deutschnationalen wie die Kommunisten Interesse haben. Durch eine Zweidrittelmehrheit könnte auch in jedem einzelnen Falle die Gültigkeit der Amnestiegesetze gegenüber den Urteilen der Rändergerichte gesichert werden.

Einigung über die Steuersenkung

M. Berlin, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Den Bemühungen des Reichsfinanzministers ist es heute gelungen, eine Einigung wenigstens der Linken über die Steuersenkung zu erzielen. Im Steueraussschuß des Reichstags, der heute zusammentrat, wurde ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums eingebracht, wodurch der Abzug, der bisher 15% = höchstens 2 RM im Monat betrug, auf 25% = höchstens 3 RM erhöht wird. Diese Ermäßigung tritt am 1. Oktober in Kraft. Sie soll gelten bis zu einem Einkommen bis zu 15 000 RM jährlich. Daneben soll eine weitere Ermäßigung dadurch eintreten, daß bei der Steuerberechnung Monatseinkommen auf volle 5 RM nach unten, Wochenlöhne auf volle 1 RM nach unten abgerundet werden.

Der Kellogg-Pakt

M. Berlin, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Briand ist gestern — wie aus Paris gemeldet wird — von seinem Landgut wieder dort eingetroffen, um dem heutigen Ministerrat beizuwohnen, dem entscheidende Bedeutung beigemessen wird. Es handelt sich um die Stellungnahme zur Kellogg-Note. Ferner soll über die Amnestie, die am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, verkündet werden soll, Beschluß gefaßt werden. Man nimmt an, daß auch die beiden elfährigen Abgeordneten Roffé und Ricklin darunter fallen werden.

Zur Kellogg-Note hat auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstags gestern Stellung genommen. Es dürfte eine deutsche Note, die die bedingungslose Zustimmung ausspricht, in kurzer Zeit abgehen.

Änderung des griechischen Wahlsystems

ATH. Athen, 10. Juli. (Tel.) Der Präsident der griechischen Republik, Konduriotis, hat sich heute Nachmittag nach einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Venizelos entschlossen, ein Dekret zu unterzeichnen, durch das entsprechend dem Vorschlage Venizelos das Proportionalwahlsystem abgeändert und dafür das Mehrheitswahlsystem eingeführt wird.

Keine Nachricht von der Siglieri-Gruppe

ROM. Rom, 10. Juli. (Tel.) Die „Citta di Milano“ teilt mit, daß infolge der Unmöglichkeit, in den letzten Tagen eine Radiosendebindung auf kurzen Wellen herzustellen, die Fühlungnahme mit der Siglieri-Gruppe verloren gegangen ist. Die „Draganca“, die Befehl erhalten hat, so nahe als möglich an Cap Veigh Smith heranzukommen, befindet sich in der Nähe des Beberley-Sundes, wohin alle nach dem Nordostland entsandten Hilfsexpeditionen zurückkehren sollen.

„Pourquois pas“ unterwegs nach Spitzbergen

PARIS. Paris, 11. Juli. (Tel.) Gestern ist in Saint Gerban das Polarsschiff „Pourquois pas“ ausgelaufen, um seine Polarfahrt anzutreten und nach Amundsen und dem französischen Pflieger Guillaud zu suchen. Der Leiter der Expedition, Dr. Charcot, erklärte, er hoffe die beiden Vermissten und ihre Freunde noch lebend aufzufinden. Die Rückkehr des Schiffes ist für Mitte September vorgesehen.

Die Finanzpolitik in Baden

Rede des Finanzministers Dr. Schmitt anlässlich der politischen Aussprache im Landtag

In der öffentlichen Sitzung vom heutigen 10. Juli polemisierte Finanzminister Dr. Schmitt zunächst gegen den Abg. Dr. Mattes von der Deutschen Volkspartei, welcher am Dienstagabend gesprochen hatte. Dann fuhr Finanzminister Dr. Schmitt fort: Die badische Finanzpolitik ist in der letzten Zeit oft angegriffen worden. Man ruft nach Steuersenkung und will diese dadurch erreichen, daß man teils eine Änderung der Reichs- und Landesverfassung sowie die Vereinigung der badischen Staatsverwaltung verlangt, teils aber auch dadurch, daß man weitere Abstrichmöglichkeiten im Budget erörtert. Wie liegt die Sache:

A. Ursachen der hohen Realsteuern in Baden

- Die Ursachen der hohen Realsteuern liegen
1. in dem Befall der ehemaligen badischen Kapitalsteuerverwerte mit 4,5 Milliarden,
2. in dem Befall der badischen Einkommensteuer, welcher durch die Reichsüberweisungen nicht völlig ausgeglichen werden kann,
3. in der Minderung der Betriebsvermögenswerte von 3,5 auf 1 Milliarde,
4. in der Senkung der Grundvermögenssteuerverwerte um mindestens 30 Prozent von 7,5 auf 5 Milliarden,
5. in der Minderung des Steuerertrages durch Freigrenzen und soziale Abstriche, welche außerbadische Länder in diesem Ausmaß nicht kennen und welche auch in Baden ehemals nicht vorhanden waren,
6. in der natürlichen Aufwärtsentwicklung aller Ausgaben,
7. in dem Teuerungsfaktor, welcher in dem höheren Geldbedarf für sachliche Ausgaben und in der Erhöhung der Befoldung der Beamten und der Löhne der Staatsarbeiter zum Ausdruck kommt,
8. in der Überbelastung der Länder und Gemeinden mit neuen Aufgaben durch die Reichsgefahrgabe,
9. in der Übernahme von ehemaligen Gemeindefaufgaben auf den Staat.

So sind die Ausgaben des Staates für die Volksschulen von 1912 auf 1928 — nach Übernahme des gesamten gesellschaftlichen Schulaufwands — von 5,15 Millionen auf die in meiner Ertrede genannten 32,25 Millionen, heute nach der Befoldungserhöhung auf 37,4 Millionen Reichsmark gestiegen. Daraus sind die badischen Gemeinden wesentlich auf Kosten des Staates entlastet worden.

Wenn Baden einen anderen Finanzausgleich, z. B. wie das von Kritikern so gern herangezogene Land Württemberg hätte, so würde unser Finanzgesetz besser aussehen. Von den Reichsüberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer behält das Land Württemberg 66,66 Prozent. Baden dagegen bei einer Überweisung von 89 481 800 RM nur 59 790 900 RM, d. i. nur 67,1 Prozent. Das entspricht nicht mehr dem ursprünglichen Willen des bad. Staatsanteils betragen im Jahre 1913 64,2 Prozent, im Jahre 1925 63,8 Prozent.

Man sieht also: Der Staatsanteil mindert sich fortgesetzt, jetzt auf 67,1 Prozent. Die Ursache liegt darin, daß der heutige Verteilungsschlüssel veränderlich ist. Je größer die Reichsüberweisungen, desto kleiner wird der staatliche Schlüsselanteil.

Die persönlichen Schulkosten sind für das Land Baden deswegen größer als für das Land Württemberg, weil das badische Land 100 Prozent des gesetzlich gebotenen persönlichen Schulaufwands trägt, während andere Länder nur einen Teil davon — schätzungsweise etwa 25 Prozent weniger als Baden — übernehmen. Auch die Gebäudewerkeuer fließt dem badischen Land nur mit 47 Prozent zu; 53 Prozent dagegen den Gemeinden. Andere Länder haben sich einen größeren Anteil als Baden gesichert.

Sinnfälliger der Fürsorge ist in Baden der Aufwand absolut genommen wesentlich größer wie in Württemberg. Auch ist der Anteil des Landes an den Fürsorgeleistungen in Baden relativ größer wie in Württemberg. Die künftige Reichsstatistik wird dies beweisen.

Die in einem Artikel der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vom 19. 6. 1928 Nr. 308 mit Recht aufgeworfene Frage, ob das badische System richtig ist, wonach das Land den Gemeindefaufgaben große Ausgaben abgenommen hat, wird demnach bei der Neuregelung des badischen Finanzausgleichs eingehend erörtert werden können.

Wenn die neueste Reichsfinanzstatistik darzulegen hat, daß sich von 1913 auf 1925 vermehrt haben:

Table with 2 columns: Category and Percentage. Items include: Bedarf des Reichs (121%), Bedarf der Länder (114%), Bedarf der Gemeinden (113%), Steuereinnahmen des Reichs (190%), Steuereinnahmen der Länder (207%), Steuereinnahmen der Gemeinden (112%).

so ist in Baden die geringere Steigerung bei den Gemeinden eben darauf zurückzuführen, daß seit 1913 das Land Baden seinen Gemeinden große Ausgaben abgenommen hat, mehr wie andere Länder.

B. Verwaltungsvereinfachung

Nun wird mit Recht Verwaltungsvereinfachung verlangt, damit die Steuern gesenkt werden können. In dem Ziele der Verwaltungsvereinfachung ist sich die Regierung einig. Die

badische Regierung hat aber auch — und das wird in ganz Deutschland anerkannt — mit der Verwaltungsvereinfachung schon längst Ernst gemacht. Sie hat 1 Ministerium, den Verwaltungshof, die Forst- und Domänenverwaltung, 13 Bezirksämter, 35 dem Finanzministerium unterstellende technische Ämter und 1 Amtsgericht schon vor Jahren aufgehoben. Den Personalabbau hat ferner Baden s. B. strenger als andere Länder durchgeführt; wir haben 1923/24 von damals 19 790 planmäßigen und außerplanmäßigen Stellen 1737 Beamte abgebaut, und auch neuerdings wird der Abbau der freiwertenden 3. Planstelle aufmerksam geprüft. Im Jahre 1927 sind, wie in meiner Ertrede ausgeführt, schon gegen 100 erledigte Planstellen nicht wieder besetzt worden. Heute kann ich feststellen, daß sich nach dem Stande vom 31. März 1928 diese Zahl schon auf 134 vermehrt hat; ein Teil der erledigten Planstellen muß allerdings durch Angestellte besetzt werden.

Das badische Budget ist — leider sage ich — sehr sparsam aufgestellt. Hierfür nur 2 Tatfachen: Der Finanzminister hat in langwierigen zweimonatlichen Verhandlungen mit den anderen 3 Ministerien das ursprüngliche Defizit von 83 Millionen Reichsmark auf 24 Millionen Reichsmark herabgedrückt.

In der „Karlsruher Zeitung“ vom 5. März 1928 Nr. 55 ist sodann das Maß der Sparbarkeit zahlenmäßig nachgewiesen, daß nämlich nach Abzug der lediglich durchlaufenden Kosten der ordentliche und außerordentliche sachliche Aufwand 1928/29 geringer ist als 1926/27, — schon rein zahlenmäßig geringer, obwohl der Teuerungsfaktor größer ist als 1926.

Die Regierung befaßt sich zur Zeit im Anschluß an die Berliner Konferenz auch sehr eingehend mit der Frage einer weiteren Verwaltungsvereinfachung, und wenn die Fragen innerhalb der Regierung geklärt sind, wird voraussichtlich der Landtag auch mit dem Ergebnis befaßt werden.

Die Verwaltungsvereinfachung in Baden kann in einem Teil der Fragen unabhängig vom Reich behandelt werden; viele, gerade aber die wichtigsten und grundlegenden Fragen hängen mit einer vorherigen Reichsreform notwendig zusammen. Ich verweise nur auf die Frage der Kompetenzabgrenzung, Finanzausgleich, Strombauverwaltung. Hier muß doch Baden die Ergebnisse der Länderkonferenz und der Beratung des eingeleiteten Iser Ausschusses abwarten, wenn nicht hier erneut wieder doppelte Arbeit entstehen soll, deren Vermeidung gerade ein Zweck der Verwaltungsvereinfachung ist.

Die Vereinfachung bedarf sodann einer gründlichen Vorbereitung und Vorberatung seitens der Regierung. Aberstürzung hat keinen Zweck. Auch nach Württemberg hat der Sparkommissar geschrieben, daß die sehr umstrittenen Fragen nicht überstürzt gelöst werden können und daß eine planmäßige Vorarbeit der Regierung eine wesentliche Voraussetzung der Vereinfachung ist.

Eine Verwaltungsvereinfachung kann auch nicht als Teil einer Budgetberatung zu Ende geführt werden. Sie muß vielmehr selbständig und gründlich vorbereitet und behandelt werden. Als Teil der Budgetberatung würde sie bei dem sonstigen großen Stoff des Budgets zu kurz kommen. Aber bei allen Vorschlägen ist nicht nur ihre sachliche Brauchbarkeit, sondern auch der finanzielle Effekt zu prüfen.

Der schon manchmal gehörte Vorschlag, den Landtag abzuschaffen und die Staatsregierung einem Staatspräsidenten mit 4 Ministerialdirektoren zu überlassen, hat keine große finanzielle Wirkung.

Auch Reichszentraler a. D. Dr. Luther hat bei seiner letzten Rede im Karlsruher Künstlerhaus vor dem Grundbesitzerverband ausgeführt, daß die Abschaffung der Länderparlamente, Ministerien usw. steuerlich „nicht zu Buch schlägt“. Die gleiche Meinung hat Finanzminister a. D. Dr. Reinhold geäußert, wie ich schon in meiner Ertrede ausgeführt habe. Die badische Verfassung verlangt ferner eine Mehrzahl von Ministern, aus denen der Staatspräsident gewählt wird. Die Forderung, die Ministerien zu beseitigen und nur einen Staatspräsidenten mit 4 Ministerialdirektoren zu halten, ist verfassungsändernd und bedarf der Volksabstimmung. Verwaltungsvereinfachungen sind aber nur möglich, wenn und soweit sie auf dem einfachsten Wege zustande kommen, nämlich wie früher auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes durch das Staatsministerium.

Ob eine Zusammenlegung von Bezirksstellen immer eine Verbilligung ist, das ist eine andere Frage. Vielfach wird wohl die Staatskasse entlastet, das Volk aber härter belastet, weil es nach der Zusammenlegung von Bezirksstellen eine weitere Reise als bisher zu der betreffenden Amtsstelle machen muß, wenn es mit dieser Amtsstelle zu tun hat. Es kommt bei jeder Vereinfachung nicht darauf an, ob der Staat spart, sondern darauf, ob die Gesamtheit (das Land, die Gemeinden und das Volk), Ersparnisse hat.

C. Der Sparkommissar

Nun ist nach dem Sparkommissar gerufen worden. Baden braucht zwar den Sparkommissar nicht zu scheuen; aber er ist für Baden nicht notwendig, jedenfalls zur Zeit nicht. Unser Sparkommissar soll sein: Der Landtag selbst, das Staatsministerium und der Finanzminister. Ich bitte es mir nicht zu verhehlen, wenn ich mich — ich spreche nicht namens des Staatsministeriums — einmal ganz offen über einige Punkte äußere.

1. Wir brauchen keinen Sparkommissar, sondern Abgeordnete, welche während der nächsten paar Jahre die Regierungsvorlagen nicht zum Nachteil der Finanzen abändern, welche

Mit der Beilage: 34. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

also an den Ausgaben bloß Abstriche machen und welche alle Ausgabenberichtigungen unterlassen. Dem Landtag ist das Zeugnis auszustellen, daß er während dreimonatiger strenger Arbeit viele Abstriche im Budget gemacht und z. B. durch Verabschiedung des Landesjustizgesetzes auch die Einnahmen erhöht hat. Aber er hat auch wieder Ausgaben erhöht und Einnahmen gemindert — und das Ergebnis ist leider, daß am Ende der 3 Monate das Defizit um 479 600 M höher ist, wie am Anfang dieser Arbeitszeit. Ich will von Einzelfällen absehen, aber doch für künftig dringend bitten: Nur Abstriche, keine Aufstriche! Bei dieser Bitte nehme ich keine Partei aus! Das gleiche gilt von Anträgen aus dem Hohen Hause heraus: Man wird heute manchen an sich berechtigten Wunsch, z. B. bezüglich der Übernahme von Kreisstraßen und Kreiswegen in den Landstrassenverband, leider zurückstellen müssen. Bis die Reparationslast begrenzt ist, werden wir, ob wir wollen oder nicht, den Liebrleuten enger schnallen müssen.

2. Manche, welche nach dem Sparkommissar rufen, haben sich bezüglich bestimmter Vereinfachungsfragen vielfach doch schon eine ganz bestimmte sachliche Meinung gebildet: die einen sind für, die anderen sind gegen eine bestimmte Vereinfachung. Vielleicht gehört hierbei heute schon das Problem der Amtsförperschaften. Wenn diese in Baden kommen müßten, dann würde wohl manches Bezirksamt beseitigt werden. Den Eindruck, daß diese Gefahr besteht, konnte man aus den Landtagsverhandlungen vom 6. Juni 1928 gewinnen. Zu der Sachfrage der Amtsförperschaften selbst nehme ich hier keine Stellung. Aber mir ist schon manchmal der Gedanke gekommen: „Warum ruft denn jemand, der schon eine bestimmte Meinung hat, noch einmal nach dem Sparkommissar?“ Wirklich nur deshalb, damit die Sache nochmals von einem Außenstehenden objektiv nachgeprüft wird. Wenn das der Grund ist, dann läßt sich nicht viel dagegen sagen. Aber mir ist auch schon der Gedanke gekommen: Suchen die Rufe nach dem Sparkommissar für ihre schon ganz bestimmten Pläne nicht noch eine Deckung vor ihren Wählern, denen eben durch die Verwaltungsvereinfachung wieder Bezirksstellen weggenommen werden müssen? Ich meine, wer vereinfachen will und schon bestimmte Pläne hat, muß bereitwillig auch die Verantwortung selbst übernehmen, und hat nicht nötig, noch einmal Deckung hinter dem Sparkommissar zu nehmen.

3. Und ein Drittes: Sie, meine Damen und Herren, müssen dem Finanzminister diejenigen Rechte geben, welche der Reichsfinanzminister oder der preussische Finanzminister haben. Wenn z. B. der Reichsetat auf 31. März 1928 schließlich doch günstig — mit einem erfreulichen Überschuss abschließt, so beruht das im wesentlichen darauf, daß der Reichsfinanzminister im Etat seinen Ministerkollegen schließlich außerordentliche Ausgaben rücksichtslos gesperrt hat. Der Reichsfinanzminister hatte bisher schon ein solches einseitige Recht, der badische Finanzminister nicht. Das neue badische Finanzgesetz bereitet allerdings einen anderen Weg.

4. Solange Baden als eigenes Land bestehen bleibt — und ich für meine Person hoffe das — so sind, wenn man von der Frage nach den Amtsförperschaften absteht, meines Erachtens innerhalb des Landes Organisationsänderungen von großem Format nicht mehr möglich oder nötig. Für die Vereinfachung werden aber folgende Gesichtspunkte maßgebend sein müssen:

- Beseitigung des Nebeneinander mehrerer Behörden in derselben Sache — auch bei badischen Behörden,
- größere Selbständigkeit für die Bezirksstellen. (Neulich mußte sich das Staatsministerium sogar mit der Frage befassen, ob ein Quartaner hätte ersetzt werden sollen),
- keine neuen staatlichen Aufgaben mehr,
- Vereinfachung des Verfahrens allgemein und im besonderen Beschränkung der Rechtsmittel in unbedeutenden Sachen,
- Übertragung von selbständigen Arbeiten an fähige mittlere oder untere Beamte — mehr als bisher,
- keine Erhöhung der Voraussetzungen in der Schulbildung bei Aufnahme von Beamtenanwärtern; sich bescheiden mit mittlerer Reife oder Primarstufe, statt des Abiturs, da wo es angängig erscheint,
- bei den höheren Lehranstalten: Verminderung der Klassenanzahl durch Umwandlung von Realanstalten in Aufbauschulen, und schließlich
- Sparen bei Aufstellung und Vollzug des Budgets.

Ich glaube, diese Fragen kann ein guter Kenner der badischen Verhältnisse, an denen es im badischen Landtag und Lande gewiß nicht fehlt, eigentlich besser oder mindestens ebenbürtig beantworten, als ein von außen herbeigerufener Sparkommissar. Also: Selber sparen überall da, wo man das erkennt, und nicht erst von einem anderen verlangen, daß er uns sagt, wo gespart werden kann.

(Fortsetzung der Rede in der Beilage)

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Montag die Absendung der Note über die Weiterführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen deshalb beschlossen, weil die begründete Ansicht besteht, daß im Laufe der weiteren Besprechungen auch über die Grenzzoneverwaltung erneut gesprochen werden wird. Bisher hatte Polen bekanntlich den Standpunkt vertreten, daß diese Verordnung eine innerpolitische Angelegenheit sei. Nunmehr aber hat Polen sich doch bereit erklärt, auch diese Frage in die Verhandlungen einzubeziehen.

Kauf der früheren französischen Silbermünzen. Vom 16. Juli ab werden amtlicherseits die außer Kurs gesetzten Silbermünzen aufgekauft und zwar die Fünffrankstücke (einschließlich der Fünffrankstücke der ehemaligen lateinischen Münzunion) für 10 Franken, die Zweifrankstücke für 3,5 Frs. Die Einfrankstücke für 1,7 Frs. und die 50 Centimesstücke für 80 Centimes.

Eine Spionageaffäre. Drei Angestellte der Deutschen Verjudenschaft für Luftfahrt, der Regierungsbaumeister Ludwig aus Wilmersdorf und zwei seiner vernünftigen Helfershelfer wurden wegen Verdachts der Luftspionage verhaftet. Nach der „Voss. Zeitg.“ haben wiederholte Konferenzen zwischen dem Regierungsbaumeister und Beauftragten amtlicher russischer Stellen in Dessau, Friedrichshafen und anderen Städten stattgefunden, wobei Geldbeträge übergeben wurden, die in die Hunderttausende gehen sollen.

Frankfurt promoviert. Die Universität Frankfurt ist vom preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ermächtigt worden, die Doktorordiplome der Universität Straßburg für solche Doktoranten auszustellen, die vor dem Kriege oder während des Krieges an der Universität Straßburg das Doktorexamen bestanden, aber infolge der politischen Verhältnisse keine Doktorordiplome mehr erhalten haben.

Der Streit um Korfanti. Wie die polnische Presse berichtet, ist der Abg. Korfanti auf Beschluß des Hauptauschusses endgültig aus der Christlich-demokratischen Partei ausgeschlossen worden. Gleichzeitig wird aus Königsberg berichtet, daß die Christlich-demokratische Partei am vergangenen Sonntag in Gollubshütte einen Parteitag für den Bezirk Schlesien abgehalten hat, auf dem dem Parteiführer Korfanti das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Deutscher Reichstag

188. Berlin, 10. Juli.

Nach Erledigung einiger kleinerer Sachen folgt die erste Beratung

des Gesetzentwurfes über den Nationalfeiertag.

§ 1 der Regierungsvorlage lautet: „Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Verfassungstag (11. August). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung.“

Mit der Beratung wird verbunden der kommunistische Antrag auf Einsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag, ebenso der Antrag der Deutschen Nationalen auf Bestimmung des 13. Januar zum Nationalfeiertag.

Reichsinnenminister Seevering begründet den Gesetzentwurf: Vor genau sechs Jahren haben Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten einen Initiativantrag gleichen Inhalts eingeleitet. In den verflochtenen sechs Jahren hat der Gedanke des Verfassungstages im Volke Wurzeln geschlagen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll also eigentlich nur der bestehende Zustand gesetzlich sanktioniert werden. Gegen den 11. August wird eingewandt, daß er in die Schulfestlichkeiten und in die landwirtschaftlichen Erntearbeiten fällt. Die Verfassungsfeiern können so gestaltet werden, daß auch die Jugend daran teilnehmen kann. Hinsichtlich der Erntearbeiten werden die Landes- und Kommunalverwaltungen Ausnahmen vom § 1 des Gesetzes zulassen können. Als feinerer Zeit der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in einem Beschlusse die Einberufung der Nationalversammlung beschloß, da wurde dieser Beschlusse auch von den Kreisen begrüßt, die heute an der Weimarer Verfassung ein gutes Haar lassen. Alle Bemühungen der Obersten Seeresleitung, von Hindenburg, usw., wären zwecklos geblieben, wenn sich nicht damals die Arbeiterorganisationen mit ihrem Verwaltungsapparat in den Dienst der allgemeinen und nationalen Sache gestellt hätten. Der 11. August habe das vollendet, was der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte begonnen habe, er habe den Rechtsboden geschaffen, auf dem heute im Sinne des Fortschrittes auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiete weiter gearbeitet werden könne. Auch die Tatsache, daß sich das deutsche Volk, wie es in der Verfassung heiße, diese Verfassung selbst gegeben habe, rechtfertige es, den Tag ihrer Schöpfung zum Feiertag zu erheben. Nicht alles in dieser Verfassung ist vollkommen, vieles ist noch Verbesserung, aber schließlich war auch die Weimarer Verfassung nicht der staatspolitischen Weisheit letzter Schluß.

Die Weimarer Verfassung hat mit der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Reich, Länder und Gemeinden ein einziges Band um alle Schichten des deutschen Volkes geschlungen, das sich auch in den bösesten Tagen bewährt hat. Der 18. Januar wird um deswillen niemals ein würdiger Nationalfeiertag für die breiten Massen werden, weil mit der Gründung des Weimarer Reiches der Gedanke an das Dreiklassenwahlrecht verbunden ist. Der 9. November als Geburtstag der Republik ist auch wenig geeignet, denn am 9. November gab es keinen Völkerversammlungen, sondern den endgültigen Zusammenbruch eines Systems, das schon vorher Tag für Tag morscher geworden war. Der 11. August, an dem die Weimarer Verfassung in Kraft trat, ist der Tag des nationalen Aufbaues, der Wiedergewinnung des nationalen Selbstvertrauens. Abg. Sölkmann (Soz.) erklärte: Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung sei unmöglich und würde der geschichtlichen Logik widersprechen. Ebenso der kommunistische Antrag, den 1. Mai zum Feiertag zu machen. Der Redner betont zum Schluß die großen gemeinsamen Gedanken, an denen sich das Volk am Verfassungstage erheben könne: Die Reichseinheit, das kommende Reich von Aachen bis Wien.

Der deutschnationale Abgeordnete Schlang wandte sich gegen den Entwurf und hielt es für angebracht, statt eines nationalen Feiertages, einen nationalen Trauertag einzuführen.

Abg. Bell (Ztr.) stimmte grundsätzlich dem Gedanken des Nationalfeiertages zu, forderte aber, daß der 11. August mitten in die Erntezeit falle, entweder die Festsetzung des dem 11. August folgenden Sonntages, oder eines weder in die Erntezeit noch in die Schulfestlichkeiten fallenden Werktages als Nationalfeiertag und beantragte die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß.

Der kommunistische Abg. Dietrich, Berlin, wandte sich gegen die Vorlage und trat für den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag ein.

Abg. Dr. Wobbenauer (D. Vpt.) war der Meinung, daß der Tag für einen Nationalfeiertag erst gekommen sei, wenn der letzte Franzose die deutsche Erde verlassen habe, oder wenn der Zusammenstoß mit Österreich erreicht sei.

Auch Abg. Drewnitz (Wirtsch. Vag.) hielt die Zeit für einen Nationalfeiertag noch nicht für gekommen, während Abg. Dr. Hüls (D.) den 11. August als Nationalfeiertag forderte.

Die Abg. Dr. Forstner (V. Vpt.) und Dr. Wendhausen (Kritikl. Bauernpt.) bekämpften die Vorlage, desgl. der nationalsozialistische Abg. Dr. Göttsch, während Abg. Fehr (Deutsche Bauernpt.) sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Nationalfeier erklärte, jedoch gegen den 11. August wegen der damit zusammenfallenden Ernte Verwahrung einlegte.

Mit 214 gegen 198 Stimmen wurde jedoch die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß beschlossen.

Es kommt zu zahlreichen Zwischenrufen.

Um 7 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlagen die Verträge mit Estland und Schweden, die Strafgesetzesreform, die Preisenfürsorge und ein Einspruch des nationalsozialistischen Abg. Straßer gegen seinen Ausschuß aus der Sitzung in der vorigen Woche.

Der Londoner internationale Kongreß der liberalen Parteien

Der internationale Kongreß der liberalen Parteien in London wird von der ganzen Londoner Presse zum Teil in sehr großer Aufmerksamkeit eingehend registriert und gewürdigt. Die Tagung brachte eine Anzahl hervorragender Referate, an denen sich die deutsche Delegation bedeutend beteiligte. Der Höhepunkt des Kongresses bildeten die Ansprachen der drei demokratischen Führer Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Lloyd George verties mit wirksamer Begründung darauf, daß die Atmosphäre des Krieges dem Liberalismus notwendig ans Leben gehen mußte, während sie das Wachstum unfruchtbarer und extremer Formen des politischen Gedankens und der politischen Aktion begünstigte. Der französische Delegierte Daladier führte im gleichen Sinne aus, daß der liberale und demokratische Geist die Zukunft für sich habe. Als Dritter sprach der Reichsminister Koch-Weser. Die Aufgabe des Liberalismus sei es, so führte er aus, zwischen konventionellem Manoeuvrieren und marxistischem Liberalismus zu vermitteln und er wolle für die Parteien des Liberalismus die Erkenntnis der Aufgaben in den kritischen Nachkriegstagen in Anspruch. Ein Weiterarbeiten im Sinne der von Friedrich Raumann mit sehr richtigem Blick erkannten Aufgaben sei das Gebot der Stunde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

183. Karlsruhe, 10. Juli

Der Beginn der Nachmittagsitzung verzögert sich infolge der Verhandlungen im Ausschuß bis 1/2 Uhr.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet zunächst über den Initiativantrag der Abg. Maiber u. Gen. betr. Änderung des

Fleischsteuergesetzes.

Der Ausschuß beantragt mit Mehrheit, dem Gesetzentwurf in der Fassung zuzustimmen, daß Artikel 11 des Fleischsteuergesetzes folgenden weiteren Absatz erhält:

„Für zum Selbstgebrauch geschlachtete Schweine wird ab 1. April 1929 Steuer nicht mehr erhoben.“

Dann wird

die politische Aussprache

fortgesetzt.

Nächster Redner ist der sozialdemokratische Abgeordnete Rüderl. Er führt aus: Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen am 20. Mai komme nicht von ungefähr. Sie sei der Protest der schaffenden Massen gegen die Reichspolitik der letzten Jahre. Man brauche sich nicht darüber zu wundern, daß die Sozialdemokratie der Zentrumspolitik nicht gefolgt sei. Die Bürgerpolitik konnte man nicht unterstützen. Das Zentrum habe nicht etwa an Stimmen eingebüßt, weil es die Verantwortung getragen habe (Zurufe im Zentrum). Wenn dem so wäre, so hätte auch die Sozialdemokratie in Preußen eine Niederlage erleiden müssen. Dort habe man aber eine vollstimmige, gute, republikanische und demokratische Politik gemacht. An der Person des Herrn Dr. Marx würde nichts ausgeföhrt; man wende sich einzig gegen die unter seiner Kanzlerschaft verfolgte Politik. Gewundert hätten ihn, den Redner, die Ausführungen des Abg. Heinrich gegen die Heilerpartei, die doch im Hause gar nicht vertreten sei.

Die badische Koalition habe durch die Reichstagswahlen ihre Bestätigung gefunden. Man dürfe wohl sagen, daß sie sich bei uns, von kleinen Störungsfehlern (Lachen rechts) abgesehen, die jeweils bald überwunden werden konnten, bewährt hat. Es war eine ruhige stetige Politik möglich. So habe Baden im Rahmen des Reiches wesentlich dazu beigetragen, daß der Wiederaufstieg so rasch vor sich gehen konnte. Uns Sozialdemokraten wäre es lieber, wenn wir keine Koalitionspolitik treiben müßten. Es gibt Staaten, wo die Sozialdemokratie allein regiert und es bekommt ihr sehr gut dabei! (Heiterkeit).

Der Redner fährt fort: Wenn nicht alle Parteien der Koalition zu Opfern bereit seien, so wäre dies untraglich. Auch wir sind für sparsame Wirtschaft. Dennoch konnten wir im Ausschuß nicht allen Streichungsanträgen zustimmen. Der Redner streift

die staatsrechtlichen Verhältnisse von Reich und Ländern, die er auf die Dauer nicht für tragbar hält. Die ökonomische Entwicklung könne keine Sentimentalität. Alles treibe den Einheitsstaat zu. Unser Verzicht in Rehl lieh uns einen Einblick in die große Not des besetzten Gebietes gewinnen. Wir müssen Reich und Land dringend bitten, hier für Arbeit und Brot sorgen.

Die Lohnsteuer müsse entsprechend einem schon im August 1925 gegebenen Versprechen gesenkt werden. Wir hoffen, daß sich die badische Regierung bei ihrer Stellungnahme in dieser Frage nicht von partikularistischen, sondern sozialen Gesichtspunkten leiten läßt.

Der Redner fährt fort mit einer Betrachtung über die wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben unseres Landes, das er dem Kulturkreis des Rheines zuzählt. An der sozialen Ausgestaltung der Steuergesetze habe die Sozialdemokratie tatkräftig mitgearbeitet.

Die Landwirte würden aus ihrer Notlage nur herauskommen, wenn sie sich zur Einseitigkeit des Genossenschaftswesens zusammenfinden. Die Sozialdemokraten seien bereit, den Bedürfnissen kleiner proletarischer Existenzen Rechnung zu tragen. Mit der Beseitigung von 2 M Hausflachsteuer werde dem Bauern nicht geholfen. Dem Gebot der steuerlichen Gerechtigkeit würde es entsprechen, die Fleischsteuer überhaupt aufzuheben. In Bezug auf die Gebäudeübersteuerung stehe die sozialdemokratische Partei grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß sie ganz für den Wohnungsbau Verwendung finden soll. Jedenfalls werde man sich mit allen Kräften gegen eine Verkürzung des Anteils stemmen.

Zur Beamtenpolitik übergehend, bemerkt der Redner, daß die Beamten daran denken sollen, daß sie heute in der Republik die Gleichberechtigung haben. Das sei früher nicht der Fall gewesen.

Die Straßen- und Wasserpolitik Badens werden wir unterstützen, die Frage des Schlussschwerkes einer genaueren Prüfung unterziehen.

Der Redner schließt: Bedauerlich sei nicht nur die Parteipflichterfüllung, sondern auch der Miß in der Arbeiterkammer. Mit den Kommunisten sei auf lange Zeit keine Politik zu machen. Die Diktatur lehnen wir ab. Wir werden nur auf dem Wege über die demokratische Republik die neue soziale Gesellschaft errichten können.

Den deutschnationalen Standpunkt vertritt der Abg. D. Mayer-Karlsruhe. Er wolle im Laufe der Voranschlagsberatung bereits Gesagtes heute nicht wiederholen. Die Abhängigkeit des Landes vom Reiche, die Bedingtheit der Landesfinanzen durch die Reichsfinanzen, lege es nahe, sich mit dem Programm der jetzigen Reichsregierung zu beschäftigen. Es bringe sehr allgemeine Formulierungen und lasse in möglichst vielen Worten möglichst wenig. Auch wir sind für Steuerentlastung. Diese Frage könne aber nur im engsten Zusammenhang mit der Forderung einer erfolgreichen Außenpolitik gestellt werden. Ohne erfolgreiche Außenpolitik werde von einer nennenswerten Entlastung des deutschen Volkes nicht die Rede sein (Zuruf: Wie machen wir das?). Redner ruft: Dazu haben wir die Regierung (Lachen links). Die Forderung, daß die Kriegsschuldfrage vom deutschen Volke genommen wird, müsse mit größtem Nachdruck erhoben und das völkerrechtswidrige Versailles Joch gebrochen werden. Dem Steuerentlastungsantrag des Zentrums stimmten die Deutschen Nationalen zu. Das vom Abg. Rüderl prophezeigte Raneuropa sei ein Irrlicht. Bei einer Reform des Wahlgesetzes möge man auf die Reichsliste nicht verzichten; denn sie habe zweifellos einen Vorzug. Zu den leidgehen Stimmwahlen sollte man nicht mehr zurückkehren. Mit der gesetzlichen Festlegung des Verfassungstages werde man nicht viel Glück haben. Man möge ihn wenigstens im Hinblick auf die Erntearbeit auf einen Sonntag verlegen. Weitere Bemerkungen zum Etat behält sich der Redner vor. Er bemängelt heute nur den Verkehrtston zwischen dem Landesforstmeister und seinen nachgeordneten Beamten.

Der volksparteiliche Redner, Abg. Dr. Matthes, gibt dem Bestreben Ausdruck, daß die allgemeine Aussprache erst ein halbes Jahr nach der Eratrede des Finanzministers stattfinden. Er verbreitet sich in längeren Ausführungen über Badens Finanzwirtschaft. Seit 1913 beruhe erstmals wieder der Etat für 1928/29 auf stabilen Verhältnissen. Diese Grundlage für die kommende Finanzpolitik werde sich nur langsam verändern. Der Redner regt eine Darstellung der Entwick-

lung der badischen Finanzen seit 1924 an und stellt fest, daß die Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb zum Rückgrat der Landesfinanzen geworden seien. Darin liege die tiefste Ursache für ihre Reformbedürftigkeit. Leider sei der Finanzminister auf die Bedeutung der Höhe der Steuerbelastung für unser Land sehr wenig eingegangen. Der volkswirtschaftliche Sprecher richtet in diesem Zusammenhang die Frage an die Regierungsbank: Wie rechtfertigt die badische Regierung vom Standpunkte der steuerlichen Gerechtigkeit eine Belastung durch Realsteuern, die ungefähr der doppelten Einkommensteuer gleichkommt? Der Redner stellt dann an Hand statistischer Zahlen steuerliche Vergleiche mit anderen deutschen Ländern an und folgert daraus, daß Baden, von Mecklenburg-Schwerin abgesehen, die höchste Grundsteuer habe. Daran hätten sämtliche Verufe Anteil. Kein Land habe die Senkung der Realsteuern so notwendig wie Baden. Die Volkspartei sei immer dafür eingetreten und nehme für sich in Anspruch, auch zur Senkung der Gewerbebeiträge den Anstoß gegeben zu haben. Der im Haushaltsausschuß angenommene Antrag bedeute keine Steuerentlastung. Der Redner fährt fort, die Kleinheit unseres Landes lasse eine rationale Verwaltung nicht zu. Deshalb sei es nicht zu verstehen, weshalb sich die Regierung so sehr gegen die Zusammenfassung von Pfalz, Baden und Württemberg zu einem Landesarbeitsamt gestraubt habe. Im Haushaltsausschuß seien die von den Steuern am meisten betroffenen Wirtschaftskreise leider nicht vertreten. Die steuerliche Mehrbelastung sei schuld an dem Zurückbleiben der badischen Wirtschaft gegenüber anderen Ländern. Die Entwicklung habe schon stark gegen die Zukunft eines selbständigen Landes Baden entschieden. Es fehle uns ein Wirtschaftszentrum. Alles konzentriere sich nach den beiden großen Städten Frankfurt und Stuttgart. Im deutschen Südbereich sei eine Neugruppierung, die die Selbständigkeit unseres Landes für die Zukunft in Frage stelle. In bezug eines Zusammenflusses Baden-Württemberg wollen wir dem Zentrum die Initiative überlassen. Baden würde dabei sicher nicht gut fahren. Wir müssen die Verbindung zwischen dem rechts- und linksrheinischen Gebiet wieder herstellen. Das Schwergewicht liege letzten Endes aber im Norden. Es erhebt sich darum die Frage, wie wir im Südwesten in stärkere wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zum Norden kommen. Wollen wir ein Gegengewicht gegen den überwiegenden Einfluss Berlins schaffen, so kann es nur durch Schaffung starker Verwaltungsgebiete in der Provinz geschehen, die ihre Rechte geltend zu machen wissen. Der Redner erteilt schließlich die Zusammenhänge der Finanzpolitik mit dem kulturellen Leben unseres Volkes. Der Liberalismus trete ein für die Freiheit des Individuums, verbunden mit einem starken Verantwortungsbewußtsein. Diese geistigen Grundlagen dürften dem Volke nicht verloren gehen. Der Liberalismus werde seine Aufgabe nur erfüllen können in völliger Unabhängigkeit nach allen Seiten.

Gegen 19 Uhr wird die Debatte abgebrochen.
Nächste Sitzung Mittwoch vorm. 9 Uhr.

D. Karlsruhe, 11. Juli.

Präsident Dr. Baumgartner teilt ein Schreiben des Staatspräsidenten Dr. Remmele mit, wonach dieser infolge seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten das Mandat zum Landtag niederlegt.

politische Aussprache

wird darauf mit einer Rede des Finanzministers Dr. Schmitt über die badische Finanzpolitik fortgesetzt. Ihren Wortlaut bringen wir an anderer Stelle.

Nächster Redner ist der demokratische Abg. Scheel. Er beginnt mit Ausführungen über die vom Abg. Dr. Mattes angeregte Frage der Entwicklung des Liberalismus und fährt fort: Der Aufbau des Reiches hätte viel rascher geschehen können, wenn nicht andere Parteien gegen die Parteien der Weimarer Koalition in Opposition abwärts gestanden hätten. Antirassismus und Föderalismus seien Schlagworte, mit denen man nicht vorwärts komme. Die allgemeine als notwendig anerkannte Neugliederung sei nicht in einem großen Wurf, sondern nur in Etappen zu erreichen. Reichs- und Landesfinanzen müssten zusammenarbeiten; die Kompetenzregelung der Reichsverfassung müsse bestehen bleiben. Der Redner bezeichnet eine größere Einheitlichkeit der Gesetze in den Ländern als dringend notwendig. Auch in Zukunft wird eine Gliederung des Reiches in einer Zahl von politischen Einheiten bestehen müssen. Und auch das Volk der einzelnen Länder wird Gelegenheit haben müssen, seinen Willen durch irgendeine Art von Volksvertretung auszuüben.

Abg. Klüber (Wirtschaftsp.) bemerkt gegenüber dem Abg. Scheel, daß er bisher nur einer Partei, und zwar der demokratischen, im Gespräch angehöre. Die Haltung der demokratischen Partei in der Frage der Zwangswirtschaft habe ihn veranlaßt, sich der Wirtschaftspartei anzuschließen. Vereinen sich Wirtschaftspartei und Bauernpartei, so würden sie so stark wie die Deutsche Volkspartei sein. Der Redner wendet sich dann dem Programm der neuen Reichsregierung zu. Ihre gegenwärtige Zusammensetzung eröffne dem Mittelstand keine Ausichten auf Berücksichtigung. Der jetzige Beamtenstab sei für unsere Wirtschaft untragbar. Abg. Klüber bedauert das Scheitern Dr. Köhlers aus dem Reichskabinett. Wie gegen Minister Silberberg, so hat er auch Bedenken gegen den Minister Dr. Dietrich wegen dessen Haltung in der Zollfrage. Einer Senkung der Lohnsteuer erkläre der Redner nicht zustimmen zu können. Die handels- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Landwirtschaft seien bis heute nicht erfüllt worden. Keine Hilfe werde etwas nützen, wenn man nicht für die Rentabilität Sorge. Wenn der Landtag diese Woche geschlossen werde, so sehe er, der Redner, mit leeren Händen vor der Landwirtschaft.

Abg. Bod (Komm.) betreibt, daß kommunalpolitische Parteien besonders hohe Gehälter beziehen. Bei Funktionen, die Abgeordnete seien, würden die Diäten angedreht. Im Ausgang der Reichstagswahlen sieht der Redner keine Bestätigung der Weimarer Koalition. Das Regierungsprogramm bringe trotz des starken Einflusses der Sozialdemokraten das Wiederleben der Bürgerpolitik. Der Redner übt eine scharfe, abfällige Kritik an der heutigen Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik. Das wertvolle Volk, auch in Baden, habe von der neuen Regierung nichts zu erwarten. Für die Arbeiterklasse gebe es nur den Kampf von Klasse zu Klasse.
Nach persönlichen Bemerkungen des Finanzministers Dr. Schmitt, sowie der Abg. Scheel (R.) und Klüber (Wsp.) vertagt sich das Haus auf nachm. 5 Uhr.
Schluß 1 Uhr.

Der Haushaltsausschuß

des badischen Landtages beschäftigt sich mit dem Gesetzentwurf über die Regelung des Staatshaushaltes für das Jahr 1928/29. Danach betragen die ordentlichen Ausgaben 265 Millionen, die ordentlichen Einnahmen rund 200 Millionen Mark, so daß sich ein Fehlbetrag für zwei Jahre in Höhe von

24 287 480 Mark ergibt. Der umlaufende Betriebsfond wird auf 15 Millionen Mark festgelegt. Die Regierung soll ermächtigt werden, folgende Anleihen aufzunehmen: 2 Millionen Mark für Beamtenwohnungen, 1,5 Millionen Mark für Kulturerweiterung, 6 Millionen Mark für Klinikbauten und 10 Millionen Mark für Waldläufe.

Bei der Beratung wurden von der Deutschen Volkspartei Bedenken gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen für Waldläufe erhoben. Das Zentrum lehnte die Aufnahme von Anleihen zu Klinikbauten ab. Gegenüber dem Artikel, der die Bestimmungen über den Wirtschaftsfond enthält, verlangt ein Antrag der Deutschen Volkspartei die Streichung des Wirtschaftsfonds, da es nicht zur Aufgabe des Staates gehöre, sich an Industrieunternehmen zu beteiligen. Der Antrag wurde von den übrigen Parteien abgelehnt.

Am Dienstag behandelte der Ausschuß den Antrag des Zentrums, die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung der Grundsteuer von 200 auf 225 Prozent wegzulassen. Von Seiten der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Partei wird dem Antrag zugestimmt. Die Sozialdemokratie lehnt den Antrag ab und verlangt, daß der Steuergrundbetrag bei der Grundsteuer für Steuerwerte bis zu 10 000 M von 15 auf 10 Pf und von 10 bis 20 000 M von 20 auf 16 Pf herabgesetzt wird. Ein demokratischer Redner lehnt die Erhöhung des Anteils der Gebäudesteuer für den allgemeinen Finanzbedarf ab.

Der Finanzminister spricht sich gegen eine weitere Stafflung der Grundsteuer aus. Dem Antrag, Anleihenmittel zunächst für den Wohnungsbau zu verwenden, stimmt er zu.

Der Minister des Innern spricht sich dann gegen den Antrag des Zentrums aus und nennt seine Wirtungen ungeheuerlich. Die Sozialdemokratie erklärt, daß sie das Defizit später durch die Erhöhung der Grundsteuer und der Gebäudesteuer decken wolle, früher habe die Regierung die Absicht gehabt, durch Notgebote eine Erhöhung der Grundsteuer um 20 Hundertteile vorzunehmen. Der Zentrumsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bei Stimmeneinstellung der Demokratie zu Ziffer II von den übrigen Parteien angenommen.

In Artikel VIII des Finanzgesetzes wird der Anleihebetrag zum Ankauf von Wäldern auf 2 Millionen Reichsmark herabgesetzt. Im übrigen wird der Artikel genehmigt, nachdem der Minister des Kultus erklärt hat, daß der Bau der Freiburger Klinik den Vorrang habe, daß aber auch in Heidelberg möglichst bald durch einen Teilbau das Schlimmste beseitigt werden müsse.

Das Finanzgesetz wird daraufhin von Zentrum und Demokratie gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und eines Sozialdemokraten bei Stimmeneinstellung der Deutschen Volkspartei und des Restes der Sozialdemokratie angenommen. Die Sozialdemokratie verweigerte die Annahme des Finanzgesetzes wegen des Zentrumsantrages auf Beibehaltung der bisherigen Höhe der Grundsteuer.

Eingänge

Die Zentrumsfraktion des badischen Landtages hat heute vormittag im Landtag zwecks Senkung der Grundsteuer einen Antrag zum Finanzgesetz eingebracht. Wenn die Grundsteuer in Baden soviel einbringen soll, wie das im letzten Voranschlag vorgesehen war, so müßten 25 Prozent des Steuerbetrages erhoben werden. Der Antrag beantragt nur 200 Prozent zu erheben, was eine Senkung der Grundsteuer um 1/5 bedeuten würde. Das Defizit, das durch die Herabsetzung des Steuerbetrages eintreten würde, vergrößert sich auf jährlich um 2,8 Millionen Reichsmark. Um diesen Betrag zu decken, soll ein größerer Teil des Gebäudesteuerertrags für allgemeine Finanzzwecke Verwendung finden. Dadurch würden jedoch die Mittel für den Wohnungsbau knapper. Um dies zu vermeiden soll die Regierung ermächtigt werden, für den Wohnungsbau nicht nur 23 sondern 30 Millionen Reichsmark als Anleihe aufzunehmen.

Ende der Kontrolle der Rheinischfahrtskommission im Rehr Hafen

Am Dienstag erloschen die Kontrollbefugnisse der Rheinischfahrtskommission im Rehr Hafen und die gemeinsame Verwaltung des Rehrer und Straßburger Hafens. Damit tritt eine Klausel des Versailler Vertrages außer Kraft, die bisher einseitig zum Vorteil der französischen Rheinischfahrtskommission ausgeübt hat. Sie hatte den Zweck, während der Aushebungsarbeiten des Straßburger Hafens den französischen Schiffsverkehrsbehörden auf dem Rhein sicher zu stellen. Frankreich glaubt nun, durch diese Maßnahmen den verfolgten Zweck erreicht zu haben, da der Umschlagverkehr des Straßburger Hafens, von 1 100 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 4 350 000 Tonnen im Jahre 1927 gestiegen ist. Die Übergabe der Hafen-einrichtungen durch die beiden Verwaltungen fand am Dienstag vormittag statt.

Die Ozeanflieger in Mannheim

D. Mannheim, 10. Juli. Gestern Abend 6 Uhr traf die „Europa“ mit den Ozeanfliegern Köhl und Günefeld, von der tausendköpfigen Menge freudig begrüßt, auf dem hiesigen Flugplatz ein. Im Abflugensaal des Hofgartens der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Köhl in freier Rede über die Geschichte des Fluges. Wir müssen, sagt der Redner, unser Leben in die Schanze schlagen, denn es gilt den Fortschritt und der Arbeit für unser deutsches Vaterland. Den Defizit der Kameraden dankt man 60 Prozent des Erfolges des Fluges. Dann zogen vor den Hörern die einzelnen Etappen des Fluges vorüber. Und immer wieder müssen wir den Mut und die Unerschrockenheit unserer deutschen Soldaten bewundern. Günefeld spricht von dem Organisatorischen des Fluges. 9 Monate Kampf habe es gefolgt, ehe aus dem Plan die Tatsache wurde. In Amerika sei es den Fliegern gut angedreht worden, daß sie ihre Fahrt nur im sportlichen und vaterländischen Interesse ausnutzten. In Danbarkeit gedankt er den Kameraden Fitzmaurice und der Irländer, die sich mittergütig und hilfsbereit gezeigt hätten. Die feindlichen Frontkämpfer, die vor 10 Jahren noch ihre Feindschaft nicht stark genug beweisen konnten, seien jetzt die besten Kameraden gewesen. Bezüglich der Zukunftsmöglichkeit meint von Günefeld, in wenigen Jahren könne wenigstens der Postdienst nach Amerika eingerichtet werden. Die Schwierigkeiten des Ozeanfluges lägen auch darin, daß, wenn man alle Gefahren des Ozeans bezwungen hätte, man dennoch auf dem Kontinent in der Einde umkommen könne.

Aus den Parteien

Keine Doppelmände bei den Sozialdemokraten
Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Staatspräsident und Innenminister Dr. Remmele und Staatsrat Dr. Marx haben dem Büro des Landtages mitgeteilt, daß sie ihr Mandat zum Landtag niederlegen.

Am kommenden Samstag und Sonntag findet in Offenburg der 2. Parteitag der Wirtschaftlichen Vereinigung statt. Auf der Tagesordnung stehen außer den Regularien 2 Vorträge des 2. Vorf. K. Hefler, Forzheim, über die Organisation in Baden und des 1. Vorsitzenden von Ku, über die Reichstagswahl, 1928. Aussprache über die eingelaufenen Anträge und Aufstellung der Kandidatenliste zur Landtagswahl 1929.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen

In Hüdingen wurde Bürgermeister Metzger wiedergewählt. Von den rund 1077 Wahlberechtigten haben rund 85 Prozent gewählt. Hieron entfielen auf den bisherigen Bürgermeister Metzger 710 und auf den Gegenkandidaten Rari Dur, Gemeinderat und Lagerhausverwalter 178 Stimmen. Bürgermeister Metzger ist somit zum zweitenmal und zwar mit überwiegender Stimmenmehrheit an die Spitze der Stadtgemeinde berufen worden. Während der ersten Amtsperiode des Wiedergewählten hatte die Gemeinde in den letzten neun Jahren einen merkwürdigen Aufschwung zu verzeichnen.

In Aalen wurde der bisherige bewährte Bürgermeister Dommit Graf mit 454 Stimmen wiedergewählt, während sein Gegenkandidat, Gemeinderat Eugen Harber 144 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Herr Graf zählt heute bereits 72 Jahre; bereits mit 30 Jahren wurde er erstmals zum Bürgermeister gewählt. Trotz seines vorgerückten Alters betätigt sich Herr Graf auch heute noch außerhalb der Gemeinde. So ist er z. B. zweiter Vorsitzender der Handwerkerkammer Konstanz, erster Vorsitzender des Gemeindeelektrizitätsverbandes, sowie Mitglied des Verwaltungsrates der Bezirksparlase Singen u. a. m.

In Niegel verlief die Bürgermeisterwahl ergebnislos. Der bisherige Bürgermeister Hüb erhielt 359 Stimmen, der Kandidat Dedert 230 Stimmen und der dritte Kandidat Schöde 190 Stimmen.

Trotz der verschiedenen Gegenstände, die in Teningen, der größten industriellen Landgemeinde des Bezirkes Emmendingen zutage getreten waren, wurde bei der Bürgermeisterwahl der bisherige Bürgermeister Gustav Sid mit überwältigender Mehrheit auf weitere neun Jahre gewählt.

Bei der am Samstag in Brombach stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Franz Ehret durch den Bürgerausschuß einstimmig wiedergewählt.

In Rümelingen erhielten im zweiten Wahlgang Gemeinderat Mochlin 85, Altbürgermeister Gemp 22 und Landwirt Gemp 17 Stimmen. Wählin ist Gemeinderat Mochlin zum Ortsvorsteher gewählt.

In Saphthalen wurde der bisherige Bürgermeister Mater wiedergewählt, ebenso in Ergau, Amt Emmendingen, der bisherige Bürgermeister Adolf Wagner mit 521 von 525 Stimmen.

Der Bürgerausschuß Singen gab gegen Demokraten und Kommunisten seine Zustimmung zur Neugestaltung des Konzeptionsvertrages zwischen der Stadtgemeinde Singen und der Baumwollspinnerei G. m. b. H. als Eigentümerin des Elektrizitätswerkes. Ein sozialdemokratischer Zusatzantrag auf Bildung eines Fonds für den Ankauf des Elektrizitätswerkes wurde einstimmig angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Neuer kleiner Kreuzer „Karlsruhe“. Für den im Spätherbst d. J. in den Dienst tretenden neuen kleinen Kreuzer „Karlsruhe“ der deutschen Reichsmarine, das Patenschiff der Stadt Karlsruhe, stiftet der Stadtrat wie in früheren ähnlichen Fällen Ausschmückungsgegenstände (u. a. Gemälde) für die Kommandanten, Offiziers- und Unteroffiziersmesse, ferner eine Bibliothek für die Mannschaftsräume.

Pressebeleidigungsprozess. Wie gemeldet wird, ist in dem Pressebeleidigungsprozess „Volksfreund“ gegen „Badische Zeitung“ von dem Privatkläger Berufung eingelegt worden.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags
Banater Schwaben in Karlsruhe. Vom 30. Juni bis zum 6. Juli weilten elf junge Mädchen, Schwabinnen, aus dem früher zu Ungarn, seit dem Friedensschluß von Trianon zu Rumänien gehörenden Banat, mit ihrem Führerpaar Herrn und Frau Dr. Schmitz aus Temesvar, als Gäste der Frauengruppe des V.D.A. in Karlsruhe. Dem freundlichen Entgegenkommen der staatlichen und städtischen Behörden, verschiedener Firmen, sowie der Gastgeberfamilien war es zu danken, daß diesem frohgemuten Vortrupp auch hier, wie ähnlich an ihren zuvor besuchten Gastorten Konstanz und Freiburg i. Br., ein lebensdiges Bild deutschen Lebens in der Familie wie in der Öffentlichkeit, ein bleibender Eindruck von deutscher — für sie ja sogar in engerem Sinne heimatischer Natur und Kultur zuteil wurde. — Bei dem am 4. Juli veranstalteten Gesellschaftsabend begrüßte in Vertretung für die z. Z. verreiste erste Vorsitzende, Frau Geh. Rat Klein, die zweite Vorsitzende Frau Oberlandesgerichtsrat Mayer-Pantenius die Gäste in warmherziger Ansprache. Der Führer der Banaterinnen, Advokat und Vizebürgermeister Dr. Franz Schmitz aus Temesvar, brachte der größeren Öffentlichkeit in packender, ausführlicher Rede die Geschichte der vor zwei Jahrhunderten nach dem Banat ausgewanderten „Schwaben“ nahe, machte mit den neuen Verhältnissen seit dem Weltkrieg bekannt und betonte die notwendige Wechselwirkung, den kulturell und wirtschaftlich notwendigen Zusammenhang von Inlands- und Auslandsdeutschum.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Als letzte Veranstaltung in diesem Spieljahr haben die Badischen Lichtspiele einen Kulturfilm unter dem Titel „Das erwachende Ägypten“ mit dem Vortrag des Forschers Kurt Zimmermann erworben. Die Reise ist in der Kamera festgehalten und der Film veranschaulicht das Wesen eines Volkes in der Vergangenheit und Gegenwart. Von Alexandria geht die Reise nach Kairo, Assiut, Luxor und endet mit einer Fahrt durch die Wüste. In allen Gebieten wird die Arbeitsweise der Einwohner gezeigt, wobei recht primitive Hilfsmittel heute noch in Anwendung zu sehen sind. Allein die Bewässerung beansprucht zahlreichere Menschenkräfte. In einer Fülle von hochinteressanten Aufnahmen erläutert Kurt Zimmermann die Reise und betont, wenn Deutschland sich jetzt in der Brangeneinheit um Aufträge bemüht, und der deutsche Erfindungsgeist freundschaftliche Vorschläge den Ägyptern macht, wäre eine gewinnbringende Tätigkeit für Jahrzehnte geschaffen. Ägypten suche die Freundschaft Deutschlands. Hervorzuheben wären noch die Aufnahmen von den Ausgrabungen der Königsgräber, der alten Wahrzeichen des Landes, der Pyramiden, dann die schönen Nilbilder. Die Darbietung hätte eine bessere Beachtung verdient. Das Konzerthaus war schwach besucht. — Im Beifilm rollt noch die bekannte Opelewoochschau von der Weinwand, die uns die neuesten Ereignisse im Wilde übermitteln.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Nach Abzug der gestern früh einwirkenden Störungen ist bei steigendem Druck wieder Aufbesserung eingetreten, die nimmere eingetretene Erwärmung beginnend. Das heute ganz Mitteleuropa umfassende Hochdruckgebiet, das in seinem Zentrum einen Luftdruck von 772 Millimeter erreicht hat, wird weiter Bestand haben. Da zudem der nordwestliche Luftwirbel sich inzwischen weiter entfernt hat und seine Ausläufer Süddeutschland nicht erfassen, kann bei uns mit Fortdauer der trockenen heiteren Witterung gerechnet werden. Wetterausichten für Donnerstag, den 12. Juli 1928: Weiterhin heiter, trocken, sehr warm.

